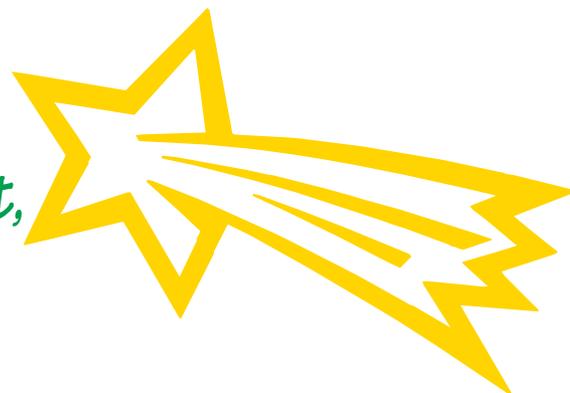


SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

*Die SVP dankt Ihnen für Ihren Einsatz
und wünscht Ihnen ein frohes Weihnachtsfest,
Zuversicht und Erfolg im neuen Jahr.*



AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Dezember 2009

Direkte Demokratie stärken

Nationalrat Toni Brunner S. 3

Familie, Erziehung und Schule: Umkehr tut Not

alt Bundesrat
Christoph Blocher S. 4

SVP lanciert Familieninitiative

S. 6

Rückblick auf die Wintersession

S. 9

Staatshaushalt erneut auf Abwegen

Nationalrat
Lieni Füglistaller S. 9

SVP fordert Gegenvorschlag zur «Abzocker-Initiative»

Nationalrat
Hans Kaufmann S. 11

Sichere Renten durch ein Ja zur Senkung des Umwandlungssatzes

Nationalrat
Jürg Stahl S. 13

Eindrücke vom Fraktionssessen

S. 15

Reklame

Für Ihre
Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

SVP lanciert Familieninitiative

Ohne Gegenstimme und Enthaltungen haben die Delegierten an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 5. Dezember 2009 in Pfäffikon SZ mit 367 Ja-Stimmen die Lancierung der Familieninitiative beschlossen. Bereits ab Mitte Januar 2010 soll mit der Unterschriftensammlung begonnen werden.

Die Familieninitiative soll dafür sorgen, dass Eltern, welche ihre Kinder selber erziehen, gegenüber denjenigen Eltern, welche ihre Kinder fremd betreuen lassen, nicht steuerlich benachteiligt werden. Das eidgenössische Parlament im Herbst 2009 und zahlreiche Kantone haben in den letzten Jahren beschlossen, dass Eltern, welche ihre Kinder in Krippen geben oder gegen Bezahlung fremd betreuen lassen, einen Teil dieser Kosten von den Steuern abziehen können. Weil die Infrastruktur zur Kinderbetreuung oft mit staatlichen Steuergeldern subventioniert wird, müssen auch Eltern, welche sie nicht in Anspruch nehmen, indirekt dafür bezahlen. Diese Situation verschärft sich noch, wenn gerade diejenigen Eltern, die von den Kinderhorten direkt profitieren, zusätzlich steuerlich entlastet werden.

Die Delegierten der SVP Schweiz haben in Pfäffikon SZ die Lancierung der Familieninitiative einstimmig verabschiedet. Die SVP begrüsst die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, wie sie in der Herbstsession 2009 vom Parlament beschlossen wurde. Für die SVP ist es jedoch unverständlich, weshalb das Parlament Eltern, welche ihre Kinder zuhause betreuen, benachteiligen will. Die Familieninitiative will erreichen, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.





Shop

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12 × / Jahr

Inserate:
Kevin Grangier

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung
UBS Bern-Länggasse
PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

Bilder:
Seite 4: © Erika Walsh – Fotolia.com
Seite 7: © Dany Schär 2009 – dany.schaer@bluewin.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident, Ebnet-Kappel SG

Direkte Demokratie stärken!



Die direkte Demokratie der Schweiz, der Föderalismus und die Gewaltenteilung sind Grundpfeiler unseres Landes, die eine einseitige Machtkonzentration verhindern helfen. Gerade die Abstimmung über das Minarett-Verbot hat einmal mehr aufgezeigt, wie wichtig es ist, dass bei uns das Volk das letzte Wort hat. Die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz haben damit die Möglichkeit, ihr abschliessendes Urteil nach einem längeren politischen Prozess zu fällen. Die in den letzten Wochen geäusserten Reaktionen der politischen Eliten unseres Landes, insbesondere des Bundesrates lassen tief blicken. Ach, wie viel bequemer wäre es doch, ohne Volk zu regieren. Niemanden zu haben, gegenüber dem man Rechenschaft schuldig ist. Sich über das internationale Parkett zu schwingen, an Konferenzen zu verweilen und sich wichtig fühlen, statt sich der wirklichen Probleme unseres Landes anzunehmen.

Der Kniefall von Vertretern unseres Bundesrates vor dem Ausland ist unerhört und macht sprachlos. Die Bundesrätinnen haben sich im Ausland praktisch für das Schweizer

Volk entschuldigt – das ist demokratiefeindlich. Als SVP können wir stolz sein, dass die Lancierung der Volkswahl des Bundesrates bereits beschlossen ist und ab Mitte Januar 2010 mit Sammeln der Unterschriften begonnen werden kann. In der Zwischenzeit sind hoffentlich auch den letzten Skeptikern die Augen aufgegangen, dass es die Volkswahl des Bundesrates braucht. Die Schweiz braucht eine Regierung, die dem eigenen Volk und nicht dem Ausland verpflichtet ist.

Überall wird jetzt vor einem möglichen Richterentscheid gegen die Schweiz vor dem Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg gewarnt. Ich bin überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung sich die Bevormundung durch fremde Richter nicht gefallen lässt. Sollten künftig Gerichte Volksentscheide aufheben, wird sich die SVP dafür einsetzen, die Europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen und allenfalls mit entsprechenden Vorbehalten wieder neu zu unterzeichnen.

Ins gleiche undemokratische Horn blasen die der Demokratie überdrüs-

sigen Vertreter des sog. Club Helvétique. Diese Linksintellektuellen Kreise um Professor Kreis wollen nur einige Tage nach dem Urnengang per Volksinitiative die Minarett-Initiative rückgängig machen. Gerade diese Kreise, die sonst immer von Anstand, Toleranz und Respekt sprechen, lassen diese Eigenschaften gegenüber dem Volk sträflichst vermissen.

Die SVP ist stolz auf die direkte Demokratie und wird sich noch vehementer als bisher für die Stärkung der Volksrechte einsetzen. In einem freien Land ist das freie Votum unantastbar!

Werbung

Th. Gut Verlag

Buchverlag der Zürichsee Presse AG



Format 15,5 x 22,5 cm
184 Seiten, 5 Grafiken
Pappband, Fr. 39.–
SBN 978-3-85717-206-9

Richard Wengle

Kurskorrektur für die Schweizer Politik

Seit Jahren steuert unser Land einen Mitte-Links-Kurs. Nicht radikal, aber stetig. Fast unbemerkt verengen sich unsere Freiräume. Ein paar Regulierungen hier, ein Bündel Merkblätter dort, bibliothekenweise Verwaltungspraxis, alles gut gemeint. – Das ruft nach einer Kurskorrektur. Das vorliegende Buch stellt zur Diskussion, wo sie ansetzen soll, wenn unsere Nachkommen auch im 21. Jahrhundert noch eine prosperierende Schweiz geniessen wollen.

Ein Buch, das aufrüttelt. Der Autor zeigt anhand anschaulicher Beispiele, dass Prosperität im stets härteren internationalen Wettbewerb nur durch Leistung, Offenheit für Neues, Wissen und Können erreicht werden kann. Auch wenn man nicht all seine Ansichten teilt, dieses Buch sollte Pflichtlektüre für Parlamentarierinnen und Parlamentarier jeglicher Couleur sein.

Hans Hofmann, ehem. Ständerat und Regierungsrat

Vom gleichen Autor: – Die politischen Kosten eines EU-Beitritts, 1992 und 2001
– EWR, kritisch durchleuchtet, 1992



Bestellschein

Ex.
«Kurskorrektur für die Schweizer Politik»
Richard Wengle
à Fr. 39.– plus Versandkostenanteil

NAME/VORNAME: _____

STRASSE: _____

PLZ/ORT: _____

Bestellungen an: Th. Gut Verlag, 8712 Stäfa,
Tel. 044 928 52 11, Fax 044 928 52 00,
E-Mail: gutverlag@zsz.ch, oder in Ihrer Buchhandlung

alt Bundesrat Christoph Blocher, Vizepräsident SVP Schweiz, Herrliberg ZH

Familie, Erziehung und Schule: Umkehr tut Not

Familie, Kindererziehung und Kinderbetreuung gehören in die Eigenverantwortung der Eltern. Mindestens war dies bis heute so und stets Ausdruck einer soliden Lebensauffassung. Immer mehr machen sich jedoch Bildungsbürokraten daran, diese zu zerstören.

Sie greifen – unterstützt nicht nur durch Linke und Grüne, sondern auch durch CVP- und FDP-Politiker – massiv in die Familie ein. Diese soll nach ihrem Muster umgestaltet und geschwächt werden, um den Staat an die Stelle der Eltern zu setzen – ganz nach sozialistischem Vorbild.

Das Gleiche gilt für die Schule: Schweizweit soll diese so «harmonisiert» werden, dass es kein Entrinnen mehr gibt. Die integrative Schule sorgt dafür, dass Ideologie mehr gilt als das Leistungsprinzip. Sonderschulen sollen abgeschafft werden. Die Kinderbetreuung soll ab dem ersten Tag im Leben staatlich kontrolliert werden.

Wertfreie Gesellschaft

Es ist nicht an der Politik, die gesellschaftlichen Entwicklungen regeln zu wollen. Aber es ist auch nicht

gleichgültig, auf welchem geistigen Fundament und welchem Menschenbild die Politik aufbaut. Der gegenwärtige Trend, der sich jetzt gegen die Familie, die Erziehung und die Schule durchzusetzen beginnt, hat in anderen Lebensbereichen bereits stattgefunden.

Rechtschaffenheit wurde zum Bünzlitum degradiert.

Sauberkeit und Ordnung auf den Strassen und öffentlichen Plätzen gilt als charakterlicher Defekt.

Die Schweiz wird als hinterwäldlerische Idylle verhöhnt. Multikulturell muss man sein.

Gewaltbereitschaft und Vandalismus wird zum berechtigten Aufstand gegen zu viel **Ordnung** und **Restriktionen** erklärt.

Wer in der Schule faul und widerpenstig ist, gilt als besonders **intelligent** und **phantasievoll**.

Die **Familie**, die **Schweiz**, die **Heimat** wurde und wird schlecht gemacht. Man hat es so lange geschrieben und geredet, bis der Mainstream kaum mehr eine andere Auffassung zulies. Schliesslich begann sich die Schweiz ihrer selbst zu schämen.

Dazu musste auch die Schweizer Geschichte umgeschrieben werden. Das Ziel, die Schweizer zu entwurzeln, wurde damit vorangetrieben. Eine entwurzelte Gesellschaft lässt sich leichter in die Irre führen. So wurde schliesslich der Lehrstuhl für Schweizer Geschichte an der Universität Zürich ganz abgeschafft.

Am liebsten hätte man die Schweiz von der Landkarte getilgt.

Auch der Entscheid, schon im Kindergarten zugunsten des angepassten Hochdeutsch auf die **Pflege der eigenen Muttersprache**, des Schweizerdeutsch, mit seinen Gedichten und Liedern, zu verzichten, hat als Ziel, die Kinder weiter zu entwurzeln.

und Entwurzelung. Das können die Linksideologen nicht brauchen.

Mit staatlichen Anreizen, den sogenannten Anschlagfinanzierungen für Kinderkrippen, Horte, Mittagstische und Aufgabenstunden, will man ein ausserfamiliäres – staatliches – Familienmodell durchsetzen. Haben wir vergessen, was die Weltmeister der Gemeinschaftserziehung angeordnet haben – etwa die Nazis oder die Kommunisten?

Bist du nicht willig, so tue ich es mit Geld. Wer seine Kinder extern – gemeint ist natürlich vor allem durch den Staat – betreuen lässt, soll gegenüber selbsterziehenden Eltern finanziell bevorteilt werden. So soll den fremdbetreuenden Eltern bei den Bundessteuern ein Abzug von 10 000 Franken pro Kind gestattet werden. Dieser soll aber den selbsterziehenden Eltern verweigert werden. Dies ist nichts anderes als eine massive staatliche Benachteiligung der traditionellen Haushalte, in denen die Eltern die Erziehung der Kinder selber übernehmen.

Staatliche Bevormundung aller Familien

Ein besonderer Dorn im Auge ist den Staatsverherrlichern die «kleinbürgerliche Familie» – wie sie sie nennen –, weil ihnen hier der Einfluss entzogen ist. Die **«Wohnstube-Kraft»**, wie Pestalozzi die familiäre Geborgenheit umschrieb, war ihnen unheimlich, musste aufgebrochen werden, denn die Familie ist der Beginn jeder Erziehung, jedes Gesprächs und jeder Auseinandersetzung mit Eltern, Geschwistern, Verwandten und Nachbarn. Die Familie ist das Gegenteil von Vermassung

Darum verlangt die Familieninitiative der SVP, dass auch Eltern, die die Kindererziehung nicht abschieben, steuerlich mindestens gleich viele Betreuungsabzüge vornehmen können wie die fremdbetreuenden Eltern.



Kinderbetreuungs- verordnung

Den gleichen Ungeist atmet die neueste, im Sommer dieses Jahres in die Vernehmlassung gegebene Verordnung aus dem EJPD: die **Kinderbetreuungsverordnung**.

Danach werden Tanten, Onkel, Paten und Cousinen, welche Kinder über etwas längere Zeit betreuen, einer Bewilligungserteilung durch eine zentrale kantonale Fachbehörde unterstellt. Die familiäre Kinderbetreuung soll staatlich kontrolliert werden. Alle stehen unter Generalverdacht des misstrauischen Staates. Sie müssen einen Kurs besuchen, sich Kontrollen unterziehen. Wer sich nicht daran hält, dem drohen Bussen bis 5000 Franken. Eigeninitiative wie etwa die Nachbarhilfe soll unterbunden werden.

Grosseltern müssen Buch darüber führen, wann und wie oft sie ihre Enkelkinder betreuen.

HarmoS

Der Grossangriff der Bildungsfunktionäre erfolgt im raffiniert ausgeheckten Projekt «HarmoS». Es will die Schulpflicht (mit Hochdeutsch in der deutschen Schweiz) ab dem vierten Lebensjahr einführen. Die Schweizer Kinder haben sich den ausländischen Kindern anzupassen. Statt den Eltern die Verantwortung der Erziehung zu lassen, verpflichtet HarmoS die Gemeinden, Tagesstrukturen zur Verfügung zu stellen. Das

sozialistische Bildungssystem à la DDR lässt grüssen!

Die SVP ist dagegen angetreten und hat in verschiedenen Kantonen Referendumskämpfe geführt. Als einzige Partei gegen alle andern – aber mit Hilfe zahlreicher besorgter Eltern und Lehrer, die merken und erleben, was in unserem Schulwesen abläuft. HarmoS bestimmt, dass – falls mindestens 18 Kantone diesem Projekt zustimmen – der Bund diese Ordnung für die ganze Schweiz flächendeckend verbindlich erklären kann. Dies ist dank der SVP vorläufig verhindert worden: In acht Kantonen ist HarmoS gescheitert.

Die Allgemeinverbindlicherklärung durch den Bund ist somit nicht mehr möglich. **Die gesamtschweizerische Gleichschaltung der Volksschule unter Ausschaltung der Kantone ist zumindest vorderhand abgewendet.** Die Bildungsbürokraten der Erziehungsdirektoren-Konferenz können nicht mehr ganz ungehindert schalten und walten.

Was fordert die SVP?

Unsere Forderung ist ganz einfach: Erziehung und Betreuung des Kindes ist Sache der Eltern und nicht von Staatsbeamten. Das ist für die Eltern nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht.

Wir wollen, dass unsere Kinder an der Volksschule wieder lesen, schreiben und rechnen lernen. Vor-



aussetzung dafür sind Disziplin, Leistung, Fleiss und Wettbewerb. Wohlfühlpädagogik, Leistungsfeindlichkeit, antiautoritäre Erziehung, kindische Stoffvermittlung, Schulen ohne klare Forderungen, Schule nach dem Lustprinzip, Schule in Unruhe und Unordnung, die ein konzentriertes Lernen verhindern, all dies hat keinen Platz!

Ein Gegenrezept ist die Erziehung durch Vorbild. Denn wer Pünktlichkeit, Disziplin, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft einfordert, muss dies als Lehrperson – wie übrigens auch als Vater, Mutter oder Firmenchef – selber einlösen.

Politiker und Lehrer klagen oft, für eine wirklich gute Schule mangle es

an Geld. Tatsache ist: Kein europäisches Land gibt heute mehr Geld als die Schweiz pro Schüler an Primar-, Sekundarschule und Universität aus. Mit mässigem Erfolg. In der Pisa-Studie sucht man unser Land vergeblich in den vordersten Rängen. Wir brauchen eine konservative Wende – in der Gesellschaft, in der Familie, in der Erziehung, in der Schule: eine Reform im besten Sinne des Wortes. Denn reformieren heisst etwas wieder in die ursprüngliche, lebensgemässe Form bringen.

Reform heisst Besinnung auf das Gute, Wahre und Beständige. Diese Reform gilt für alle Bereiche der Politik, gerade auch in der Familien- und Schulpolitik. Hier voranzugehen ist Auftrag der SVP.

Werbung

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events

Alexander Segert
Geschäftsführer

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

SVP lanciert Familieninitiative

Die SVP-Delegierten haben am 5. Dezember in Pfäffikon SZ mit 367 zu 0 Stimmen die Lancierung der Familieninitiative beschlossen. Mit der Initiative sollen auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung Steuerabzüge machen können. Der Start der Unterschriftensammlung ist zu Beginn des kommenden Jahres vorgesehen.

Die SVP-Delegierten haben sich einstimmig für die Lancierung der Familieninitiative ausgesprochen. Sie haben damit ein klares Zeichen für die eigenverantwortliche Familie gesetzt. Mit der Initiative kann die Benachteiligung, welche das Parlament in Bezug auf die Familienbesteuerung geschaffen hat, korrigiert werden. Die SVP hat die Betreuungsabzüge im Parlament unterstützt. Steuerabzüge sollen aber allen Familien, unabhängig von der Betreuungsform, zugute kommen. Die Delegierten haben nun am vergangenen Samstag folgenden Initiativtext beschlossen (siehe unten):

Einfache und überzeugende Vorlage

Mit der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung wird die Freiheit der Kantone zur Gewährung von Betreuungsabzügen respektiert. Der vom Parlament eingeführte Fremdbetreuungsabzug beinhaltet jedoch im Steuerharmonisierungsgesetz eine Klausel, welche die Kantone verpflichtet, einen Abzug zu gewähren. Wird dieser so beibehalten, müssten die Kantone mit der Änderung der Verfassungsbestimmung auch einen Eigenbetreuungsabzug

in mindestens gleicher Höhe wie der Fremdbetreuungsabzug einführen. Die Festsetzung der Höhe ist Sache der Kantone.

Auf Bundesebene müsste mit dieser Verfassungsänderung bei den direk-

ten Bundessteuern ein Abzug von CHF 10 000.– auch für die Eltern eingeführt werden, die ihre Kinder selber betreuen. Eigenverantwortlichen Familien, welche auf ein Zweiteinkommen verzichten, sollen damit die gleichen Abzugsmöglich-

keiten offen stehen wie Doppelverdienerfamilien. Damit wird sowohl ein steuerpolitisches als auch ein familienpolitisches Anliegen umgesetzt.

Es ist nicht statthaft, die steuerliche Benachteiligung der Doppelverdiener als Argument gegen die Initiative ins Feld zu führen. Denn es kann nicht sein, dass eine allenfalls bestehende steuerliche Benachteiligung mit einer anderen Benachteiligung kompensiert wird. Will man Doppelverdienerhaushalte steuerlich entlasten, ist ein anderer Weg, zum Beispiel über die Milderung der Progression, zu finden.

Wie geht es nun weiter?

Der Verfassungstext geht nun an die Bundeskanzlei zur Prüfung. Gleichzeitig bereitet die SVP die Unterschriftensammlung vor. Es ist damit zu rechnen, dass die Initiative in den ersten Wochen des nächsten Jahres im Bundesblatt publiziert wird. Die SVP wird dann, gemeinsam mit der zweiten lancierten Initiative zur Volkswahl des Bundesrates, mit der Unterschriftensammlung beginnen.



Judith Uebersax, Präsidentin SVP Kanton Schwyz, stellt die Familieninitiative vor.

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 129 Steuerharmonisierung

Abs. 4 Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung ein mindestens gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.

Delegiertenversammlung in Pfäffikon SZ

Impressionen



Wo wird Agrarpolitik gemacht?

Mehr über Agrarpolitik im Schweizer Bauer.



Ja,
ich will topaktuell
und vielfältig informiert
sein und abonniere
den Schweizer Bauer:

- 1 Jahr für Fr. 173.-
- 1/2 Jahr für Fr. 100.-
- 3 Monate Schnupper-Abo für Fr. 30.-
(Preise inkl. 2,4% MwSt.)
- Ich will den Schweizer Bauer für 3 Wochen gratis kennenlernen.

Name _____
Vorname _____
Betrieb/Firma _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____

Zutreffendes ankreuzen. Coupon vollständig ausfüllen und einsenden an:
Schweizer Bauer, Contact Center, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern.
Bestellung per Telefon 0844 10 20 30, Fax 0844 40 50 60, E-Mail: abo@schweizerbauer.ch



Der Schweizer Bauer ist die Fachzeitung für die schweizerische Landwirtschaft. Hier finden Sie Hintergründe zur Agrarpolitik, zur Milchwirtschaft, zum Pflanzenbau und vielen weiteren wertvollen Themen - 2mal wöchentlich, topaktuell, unabhängig und kritisch. Fachleute aus der Redaktion, Wissenschaft und Praxis berichten kompetent und sachlich über neuste Erkenntnisse und Trends aus allen Bereichen der Landwirtschaft.

Rückblick auf die Wintersession

Milchmengensteuerung wird eingeführt

Am 3. Dezember 2009 wurde im Nationalrat eine von der SVP verlangte ausserordentliche Session über die Landwirtschaft durchgeführt. Zwar wurden zwei SVP-Vorstösse zum Abbruch des Agrarfreihandels mit der EU und der WTO leider knapp abgelehnt, jedoch erklärte sich Bundesrätin Leuthard aufgrund des Drucks bereit, die Milchmengensteuerung allgemeinverbindlich zu erklären. Damit ist ein wichtiger Schritt für die produzierenden Milchbauern gemacht, indem der Milchpreis auf einem wirtschaftlich tragbaren Niveau stabilisiert werden kann.



Parlament greift in die Staatsschatulle

Nachdem der Nationalrat die Beiträge an die Bundeshausfraktionen um gut 916'800 Franken erhöhen wollte, zeigte sich der Ständerat noch viel grosszügiger. Nächstes Jahr sollen die Fraktionen über 2,58 Mio. Franken zusätzlich erhalten. Die SVP wehrte sich vergeblich dagegen, dass die Politik sich mitten in einer der grössten Wirtschaftskrisen aus der Staatsschatulle bedient. Die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament möchte offensichtlich immer mehr zu einer staatlichen Parteienfinanzierung übergehen. Seit 1988 sind die Beiträge an die Fraktionen um über 700 Prozent angestiegen!



Rückfall in die desaströse Schuldenwirtschaft

2010 plant der Bundesrat im Budget einen Verlust von 2,5–3 Mrd. Franken ein, für die kommenden Jahre sind jährliche Verluste bis zu 4 Mrd. vorgesehen. Einzig die SVP setzte sich bei der Beratung des Voranschlags 2010 wieder einmal ernsthaft mit dem Rotstift hinter diese desaströse Haushaltplanung und forderte moderate Kosteneinsparungen von 1–2 Prozent. Wegen fehlender Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien scheiterten diese Bemühungen jedoch. Einmal mehr war die Wahrung der Staats- und Verwaltungspfunde wichtiger als der sorgfältige Umgang mit Steuergeldern.



Parlament erhöht Strompreise erneut

Gross war die Entrüstung vor einem Jahr über die Strompreiserhöhungen. In Sonderdebatten wurden Senkungen gefordert. Kaum aus dem Fokus der Medien verschwunden, drehen die linken Parteien inkl. CVP wieder fröhlich an der Preisschraube: In der Wintersession befürworteten sie eine Erhöhung der «Stromsteuer» zugunsten erneuerbarer Energien (+175 Mio. pro Jahr), eine Erhöhung des Wasserzinses (+100 bis 150 Mio. pro Jahr) und eine neue Stromabgabe zur Renaturierung von Gewässern (+58 Mio. pro Jahr). Der Stromkonsument als neue Milchkuh der Links-Mitte-Koalition.



Nationalrat Lieni Füglistaller, Rudolfstetten AG

Staatshaushalt erneut auf Abwegen

Der Bundesrat budgetiert für das kommende Jahr für unseren Staatshaushalt einen Verlust von rund 2,5 Milliarden Franken. In den Jahren 2011 bis 2013 sollen es – je nach Wachstumsprognosen für die Wirtschaft – zwischen 2 Milliarden (bei positiver Entwicklung) und sage und schreibe 4 Milliarden Franken (bei geringerem Wirtschaftswachstum) an jährlichen Defiziten sein.¹

Wie ist so etwas möglich, was jeden Familienhaushalt und jedes Unternehmen in kürzester Zeit in den Konkurs treiben würde? Es ist möglich, weil Bundesrat und Verwaltung nicht fähig und eine überwiegende Mehrheit des Parlaments nicht willens sind, die Staatsausgaben den Einnahmen anzupassen. Die Einnahmen von Seiten der mit der Wirtschaftskrise kämpfenden Steuerzahler gehen zurück,² derweil die Staatsausgaben munter steigen (Personalaufwand +10 %, Sach- und Betriebsaufwand +11 %, Transferaufwand/Subventionen +7,5 %).³



Gesamtausgaben von 60,7 Milliarden Franken wären das Kosteneinsparungen von nicht einmal ganz

2,5 %. Mit diesen doch moderaten Massnahmen wollte die SVP bereits im kommenden Jahr die Sanierung des Staatshaushaltes in Angriff nehmen und neue Defizite und Schulden vermeiden. Denn in den Folgejahren wird die Situation keineswegs besser: der Bundesrat plant systematisch mehr Ausgaben, als er einnehmen kann, wodurch die vom Parlament beschlossene Ausgabenbremse schlicht missachtet wird.

CVP und FDP weigern sich hartnäckig diese staatliche Misswirtschaft zu beenden, indem sie weder selbst irgendwelche ernst zu nehmende Massnahmen vorschlagen noch die der SVP unterstützen. Wir SVP-Vertreter in der Finanzkommission wer-

den unbeirrt weiterkämpfen, weil wir eine starke und geeinte Fraktion hinter uns stehen haben. Aber vermutlich braucht es auch noch ein Verdikt des Volkes bei den nächsten Wahlen, das heisst sanierungs- und sparwillige Politiker für die eidgenössischen Räte, damit ein vernünftiger und ausgeglichener Staatshaushalt Realität werden kann.

¹ Durchschnittliche BIP-Wachstumsprognose im «guten Fall» von 2 %, im «schlechten Fall» von 1,5 % (!), Medienmitteilung des EFD vom 30.9.2009.

² Fiskaleinnahmen, Differenz Rechnung 2008 – Voranschlag 2010, Bericht zum Voranschlag, Band 1, S. 33.

³ Differenz Rechnung 2008 – Voranschlag 2010, Bericht zum Voranschlag, Band 1, S. 26.

Einzig die SVP stellte substantielle Sparanträge von insgesamt rund 1,5 Milliarden Franken – bei geplanten



NEW

Switzerland's 4x4



SUBARU

LEGACY. MEHR DENN JE.

2.0 l mit 150 PS ab Fr. 35'500.–, 2.5 l mit 167 PS ab Fr. 41'000.–, 2.5GT mit 265 PS ab Fr. 52'000.–, Legacy Diesel ab Fr. 39'000.–

Mehr denn je ist die Zeit reif für einen **SUBARU AWD**. Seit jeher steht Subaru für sichere Werte. Werte, die selten so gefragt waren wie heute. Qualität, Sicherheit und Zuverlässigkeit, alles zu konkurrenzlosem Preis – dieses Konzept hat Subaru zum meistverkauften Allrad-PKW weltweit und in der Schweiz gemacht.



Neu: Lineartronic™, das stufenlose Automatik-Getriebe.

Mehr **FAHRVERGNÜGEN** denn je. Legacy 2.0l und 2.5l bieten in ihren Automatik-Versionen die Subaru-Exklusivität Lineartronic™ CVT, ein stufenloses Automatik-Getriebe in Kombination mit AWD. Die Schaltung erfolgt nahtlos, ohne Rucken. Genau im richtigen Moment, was zu einer dynamischeren, ökonomischeren und ökologischeren Fahrweise führt. Und zu einem nie dagewesenen Fahrkomfort. Sie werden es fühlen, ohne etwas zu spüren.



Symmetrical AWD, das Allradsystem von Subaru.

Mehr denn je bietet **DER NEUE LEGACY**. Nach wie vor ist der Legacy AWD die ideale Kombination von Sportlichkeit und familienfreundlichem Komfort. Seine Sicherheitsausstattung lückenlos – inklusive Symmetrical AWD, dem Allradsystem von Subaru für maximale Bodenhaftung und Balance. Sein Preis-Leistungs-Verhältnis unerreicht. Neu ist, dass die neue Generation ein paar Ihrer Wünsche erfüllt, von denen Sie vielleicht noch gar nichts gewusst haben.

Mehr **UMWELTFREUNDLICHKEIT** denn je. Optimierte Motoren sorgen in jedem neuen Legacy nicht nur für bessere Beschleunigung, sondern auch für weniger Treibstoffverbrauch. Dank der punktgenauen Schaltung mit Lineartronic™ sind Sie noch umweltschonender unterwegs. Übrigens: Den neuen Legacy gibt es auch mit SUBARU BOXER DIESEL, der neben seinen eh schon hervorragenden Verbrauchs- und CO₂-Daten neu über ein geschlossenes Abgas reinigendes System verfügt.

Energieeffizienz-Kategorie D, CO₂ 188 g/km, 8,1 l/100 km (2.5i Swiss, abgebildetes Modell). Modelle mit 2.0-l-Boxer-Diesel-Motor: Energieeffizienz-Kategorie B, CO₂ 161 g/km, 6,1 l/100 km. Durchschnitt aller angebotenen Neuwagenmodelle: 204 g/km.

Mehr **KOMFORT** denn je. Länger, breiter, höher – der grössere Fahrgastraum für mehr Bein- und Kopffreiheit sowie der erweiterte Gepäckraum machen den Legacy AWD noch bequemer und praktischer. Genauso wie Rückfahrkamera (Limited, Limited S, Executive S), Licht- und Scheibenwischer-Automatik. In ungehörter Komfortdimensionen befördert Sie auch seine völlig neue Aufhängung.



Mehr Platz, ein Raumgefühl der Extraklasse.

Eine **PROBEFAHRT** sagt mehr denn je. Lassen Sie sich vom neuen Legacy AWD begeistern. Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter: www.subaru.ch

SUBARU Schweiz AG, Industriestrasse, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto inkl. 7,6% MWST.



SWITZERLAND'S 4x4

www.new-legacy.ch



Legacy Boxer Diesel AWD
4-/5-türig, 2.0 l, 150 PS
Fr. 39'000.– bis Fr. 48'000.–
6,1–6,4 l/100 km (gesamt)



Legacy 2.0i AWD
5-türig, man. oder Aut. mit CVT
2.0 l, 150 PS
Fr. 35'500.– bis Fr. 45'500.–



Legacy 2.5i AWD
4-/5-türig, Aut. mit CVT
2.5 l, 167 PS
Fr. 41'000.– bis Fr. 49'000.–



Legacy 2.5GT AWD
4-/5-türig, Automat
2.5 l Turbo, 265 PS
Fr. 52'000.– bis Fr. 53'000.–



Outback Boxer Diesel AWD
5-türig, 2.0 l, 150 PS
Fr. 43'000.– bis Fr. 50'000.–
6,4 l/100 km (gesamt)



Outback AWD
5-türig, man., Aut. oder Aut. mit CVT
2.5 l und 3,6 l, 167 PS und 260 PS
Fr. 42'000.– bis Fr. 57'500.–

Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil ZH

SVP fordert Gegen- vorschlag zur «Abzocker-Initiative»

Das Aktienrecht bildet zusammen mit dem Vertragsrecht das Herzstück der freien Marktwirtschaft. Das Schweizer Aktienrecht blieb zwischen 1936 und 1991 praktisch unverändert, was dem über Jahrzehnte hinweg recht statischen wirtschaftlichen Umfeld entsprach. In den letzten Jahren hat sich dieses im Zuge der Globalisierung und der Liberalisierung der Kapitalmärkte in immer schnellerer Kadenz verändert. Auf Bundesebene wurden deshalb ab 2001 zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche auf die Corporate Governance (Unternehmensführung und -kontrolle) zielen. Daher nahm der damalige Bundesrat Christoph Blocher eine Revision des Aktienrechts in Angriff, die im Dezember 2007 in einer Botschaft zur Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts dem Parlament präsentiert wurde.

Lohnexzesse führen zur Abzocker-Initiative

In dieser Zeit lösten immer öfters auftretende Exzesse bei den Salären und Bonifikationen von Managern und Verwaltungsräten bei vielen Leuten Kritik aus, weil diese Honorare nicht im Einklang mit den Leistungen ständen. So wurde denn auch im Februar 2008 unter der Führung des KMU-Unternehmers Thomas Minder eine Volksinitiative gegen die Abzockerei eingereicht. Sie will unter anderem der Generalversammlung die Kompetenz erteilen, über die Gesamtvergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung abzustimmen und jährlich die Mitglieder des Verwaltungsrats sowie den Vergütungsausschuss zu wählen. Abgangsschädigungen, Vorauszahlungen und Prämien sollen ebenso verboten werden wie die Depot- und Organstimmrechte. Zu dieser Volksinitiative veröffentlichte der Bundesrat im Dezember 2008 eine Zusatzbotschaft als indirekten Gegenvorschlag, den das Initiativkomitee aber als untauglich erachtete, da nur 3 ihrer 24 Forderungen erfüllt werden, nämlich das Verbot der Organ- und der Depotstimmrechtsvertretung und die jährliche Einzelwahl der Verwaltungsratsmitglieder.

SVP unterstützt indirekten Gegenvorschlag

Seit dem Herbst 2009 beschäftigt sich die Rechtskommission des Nati-



onalrats mit der Überarbeitung des Aktienrechts und der so genannten «Abzocker-Initiative». Die SVP hat von Anfang an einige der Anliegen der Initiative als berechtigt eingestuft und sich deshalb für einen indirekten Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative eingesetzt. Gerade weil der Initiator Minder mehrmals einen Rückzug seiner Initiative abgelehnt hat, muss ihr eine starke, freiheitliche Alternative entgegengesetzt werden. Die Initiative erscheint zwar überladen, weil sie zahlreiche nicht praxistaugliche Vorschriften für das Stimmverhalten der Pensionskassen, die Kompetenzen der Aktionäre etc. enthält, aber die Stossrichtung «gegen die Abzockerei» wird von breiten Bevölkerungsschichten zu Recht getragen. Die Rechtskommission des Nationalrates hat nun mit Unterstützung der FDP einen Gegenvorschlag abgelehnt. Dass die Linke die Abzocker-Initiative zum Wahlthema machen will, ist logisch. Dass aber die FDP

darüber ohne Gegenvorschlag abstimmen will, ist eine politische Selbstüberschätzung, ist es doch durchaus realistisch, dass die Initiative angenommen wird, um einer verwässerten Revision des Aktienrechts nach der Abstimmung den Riegel zu schieben.

SVP will Unterscheidung KMU und börsennotierte Aktiengesellschaft

Die SVP hat als Vertreterin des Gewerbes bei der Aktienrechtsrevision von Anfang an zwischen börsennotierten und übrigen Aktiengesellschaften unterschieden. Jede Gesetzesänderung wurde auf ihre KMU-Tauglichkeit hin geprüft und schliesslich wurde auch der Überarbeitung der Systematik zugestimmt, mit der das Gesetz in einen allgemeinen Teil und in separate Abschnitte für börsennotierte und übrige kleine und grosse Gesellschaften unterteilt wird. Die überarbeitete Version soll der Kommission im Februar 2010 vorliegen.

SVP setzt sich für Stärkung der Eigentümerrechte ein

Die SVP hat mit einer Stärkung der Eigentümerrechte eine echte Alternative zur Initiative schaffen wollen. Konkret geht es darum, die Aktionärsdemokratie zu sichern bzw. auszubauen. So muss der Gesetzgeber den Grundsatz «1 Aktie = 1 Stimme» weit konsequenter durchsetzen, als

es im bisher erarbeiteten Entwurf im Aktienrecht zum Ausdruck kommt. Die Aushebelung der Publikumsaktionäre mit oft willkürlichen Methoden ist mit ein Grund, warum die Besitzer von Unternehmen teils die Kontrolle über ihr Engagement verloren haben und die Manager und Verwaltungsräte nach Belieben schalten und walten können. Die Generalversammlung soll nach den Vorstellungen der Abzocker-Initianten neue Kompetenzen zur Eindämmung von ungerechtfertigten Manager- und Verwaltungsratslöhnen, Abgangsschädigungen etc. erhalten. Ohne die vorherige Wiederherstellung der Aktionärsdemokratie wird aber selbst die Annahme der Initiative wirkungslos bleiben. Was nützt einem Publikumsaktionär ein Mitspracherecht in Salar- und anderen wichtigen Fragen, wenn gleichzeitig sein Stimmrecht beschnitten wird? Praktisch alle Anträge der SVP in diese Richtung wurden in der Kommission abgelehnt. Als Minimum hat die SVP die jährliche Wiederwahl des Verwaltungsrats und die Abschaffung der Depot- und Organstimmrechte gefordert. Das wollten auch die Linken. Dennoch wurden diese Anträge abgelehnt.

Die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftskapitäne täten gut daran, die SVP ernst zu nehmen, denn es ist nicht auszuschliessen, dass die SVP-Basis ohne glaubhaften Gegenvorschlag die Ja-Parole zur Abzocker-Initiative beschliessen wird.

Unsere Pensionskasse muss länger reichen.



Weil wir länger leben, muss das Ersparte in der Pensionskasse länger reichen. Deshalb ist die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes an die höhere Lebenserwartung nötig und fair. Damit bleiben die Renten der 2. Säule für alle Generationen sicher.

Am 7. März

JA

zum fairen
Umwandlungssatz

www.faire-renten.ch

Politisches Komitee «Fairer Umwandlungssatz für sichere Renten», c/o Postfach 6136, 3001 Bern

Nationalrat Jürg Stahl, Brütten ZH

Sichere Renten durch ein Ja zur Senkung des Umwandlungssatzes

Am 7. März 2010 findet die Volksabstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge statt. Diese ist für das langfristige Bestehen unseres Pensionskassensystems zwingend nötig. Referendumsführer aus linken Parteien und Gewerkschaften verfolgen mit ihrer Nein-Parole ein klares Ziel: Sie wollen die Pensionskassen schwächen und damit unser erfolgreiches 3-Säulen-System abschaffen.

Die Altersrente der 2. Säule im Bereich des BVG-Obligatoriums wird in Prozenten des Altersguthabens berechnet, das die Versicherten bei Erreichen des Rentenalters angespart haben. Diese Prozentzahl heisst Umwandlungssatz und ist als Minimalregelung vorgeschrieben. Für ein BVG-Altersguthaben von CHF 100 000.– erhält man beispielsweise mit einem Umwandlungssatz von 6,4% eine BVG-Jahresrente von CHF 6400.–. Die durch den Umwandlungssatz festgelegte Rentenhöhe gilt bis zum Lebensende und muss von den Vorsorgeeinrichtungen garantiert werden. Wie viel Rente die Vorsorgeeinrichtungen den Versicherten auszahlen können, wird durch die Lebenserwartung und die Entwicklung an den Finanzmärkten beeinflusst.

Lebenserwartung steigt weiter an

Die Lebenserwartung ist entscheidend für die Rentenbezugsdauer. Lebte ein 65-jähriger Mann 1985 im Schnitt noch rund 16 Jahre, waren es 2008 bereits 20,1 Jahre. Bei den Frauen stieg die Lebenserwartung von 20,8 auf 23,5 Jahre. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. 2015 dürfte die Lebenserwartung eines 65-Jährigen bereits 21 Jahre betragen, das heisst, er wird im Schnitt 21 Jahre Rente beziehen, drei Jahre mehr als bei der Einführung des BVG. Das zum Zeitpunkt der Pensionierung angesparte Kapital muss jedoch für die gesamte Rentenbezugsdauer reichen. Ist der Umwandlungssatz zu



hoch, wird das vorhandene Sparguthaben bereits vor dem Lebensende aufgebraucht. Weil die Kassen aber gesetzlich verpflichtet sind, die Renten bis zum Lebensende zu garantieren, reissen die Rentenzahlungen heute schon Löcher in die Pensionskassen. Es wird mehr ausbezahlt, als angespart wurde. Da die Lebenserwartung immer weiter steigt, werden die Fehlbeträge jedes Jahr noch grösser.

Notwendige Renditen wurden seit über 10 Jahren nicht mehr erzielt

Die durch die Vorsorgeeinrichtungen erzielte Rendite auf den Vorsorgevermögen an den Finanzmärkten ist der zweite Faktor, der den Umwandlungssatz beeinflusst. Mit dem heute gültigen Umwandlungssatz von rund 7% müssten die Pensionskassen jährlich rund 4,9% Rendite erwirtschaften, damit das bei Erreichen des Rentenalters angesparte Geld

bis zum Ende des Lebens ausreicht. Diese Rendite haben die allermeisten Pensionskassen in den letzten 15 Jahren jedoch bei weitem nicht erreicht. Folge davon ist, dass bereits heute jedes Jahr den Erwerbstätigen 600 Mio. Franken weniger Überschüsse auf ihr Altersguthaben in der 2. Säule gutgeschrieben wird, als ihnen zustehen würden. Mit dem Geld werden die Löcher bei den laufenden Renten gestopft. Dieses Geld fehlt dann auf dem Altersguthaben der Erwerbstätigen, wenn sie pensioniert werden. Bleibt das so, sind zusätzliche Beiträge der Erwerbstätigen zur Nachfinanzierung unvermeidlich. Dann bleibt noch weniger zum Leben im Portemonnaie und auch die Rente im Alter ist nicht mehr sicher. Von einer sicheren und verlässlichen Altersvorsorge kann dann keine Rede mehr sein.

Angriff der Linken auf die Pensionskassen abwehren

Die Schweiz hat mit dem 3-Säulen-Modell ein bewährtes System der Altersvorsorge geschaffen. Es beruht auf der Kombination von staatlicher, beruflicher und privater Vorsorge und gewährleistet so ein gutes Zusammenspiel von Arbeitnehmer, Arbeitgeber und dem Staat. Dieses Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung ist ausgewogen und hat sich bewährt. Darauf können wir stolz sein. Kommt die Senkung des BVG-Umwandlungssatzes nicht, werden die Pensionskassen immer stärker geschwächt. Dies liegt im Interesse der Linken, die die 2. und die 3. Säule abschaffen wollen und

stattdessen eine Volkspension einführen wollen. Dies würde dazu führen, dass sich Sparen nicht mehr lohnt und die Erwerbstätigen noch viel stärker als heute mit zusätzlichen Steuern und Abgaben belastet würden, um diese riesige Umverteilungsmaschine zu finanzieren. Bei einer Senkung des Umwandlungssatzes wird auch niemandem etwas weggenommen. Das angesparte Kapital wird wegen der gestiegenen Lebenserwartung auf mehr Rentenjahren verteilt. Nur so ist gewährleistet, dass nicht mehr ausgegeben wird, als angespart wurde. Und nur so wird sichergestellt, dass die 2. Säule erhalten bleibt und die Renten sicher und fair bleiben.

Heutige Renten bleiben garantiert

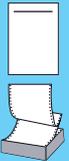
Wer bereits pensioniert ist, für den ändert sich mit einer Anpassung des Umwandlungssatzes nichts. Eine einmal festgelegte Rente bleibt gesetzlich auf Lebzeiten garantiert. Auch auf den Kapitalbezug hat die Anpassung des Umwandlungssatzes keinen Einfluss. Verzichtet man auf die dem Volk vorgeschlagene Senkung, werden die Erwerbstätigen immer stärker zur Kasse gebeten und die Pensionskassen in ihrer Stabilität gefährdet. Deshalb können auch Rentnerinnen und Rentner mit einem Ja zur Senkung des Umwandlungssatzes ihre Rente sicherer machen. Auch wenn sie nicht direkt von einer Senkung des Umwandlungssatzes betroffen sind, muss es in ihrem Interesse liegen, dass das System der 2. Säule robust bleibt.

Dataform AG Formulardruckerei

Wir drucken für Sie:

Briefpapier

Endlosformulare



Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

LA ROTONDA
RISTORANTE & PIZZERIA

Die Stammeiz der SVP in Bern!

A. & B. D'ALFONSO
NEUBRÜCKSTRASSE 70
CH-3012 BERN
++41 31 301 30 15



SMS-INFO-DIENST DER SVP

Mit dem SMS-Info-Dienst erhalten Sie topaktuell die Schlagzeilen der SVP-Pressecommuniqués auf Ihr Handy...

Und so einfach geht's: Schicken Sie von Ihrem Handy ein SMS mit dem Text „SVP ON“ an die Zielnummer 939. Sie erhalten umgehend eine Antwort, welche Sie mit OK bestätigen müssen. Und schon sind Sie jederzeit über die aktuellen Themen informiert!

TROUVAILLES
Kunstgalerie

Permanente
Gemälde-Ausstellung
des 19.-20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 10.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
trouvailles-vogt@bluewin.ch

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.)
Betten und Lättli jeder Art und Grösse,
sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel,
div. Marken-Bettwäsche.
Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK

Rafzerfeld

Bettfedernreinigung
Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG

8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren

Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

MONATS-HIT

Canon EOS 500D

100 CHF CASH BACK
www.canon.ch/CB
23.11.09 – 23.1.10

Nur 1099.- CHF
(inkl. Zubehör)






fotovideoplus.ch ebikon Tel. 041 442 06 16

SVP-HIT

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

FR.50.-
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch

Verantwortung für die Energiezukunft
gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die Energiezukunft der Schweiz. Zusammen mit Ihnen. Alpiq, Ihr Partner für Energie und Energieservice.

www.alpiq.com

ALPIQ

Eindrücke vom Fraktionsessen

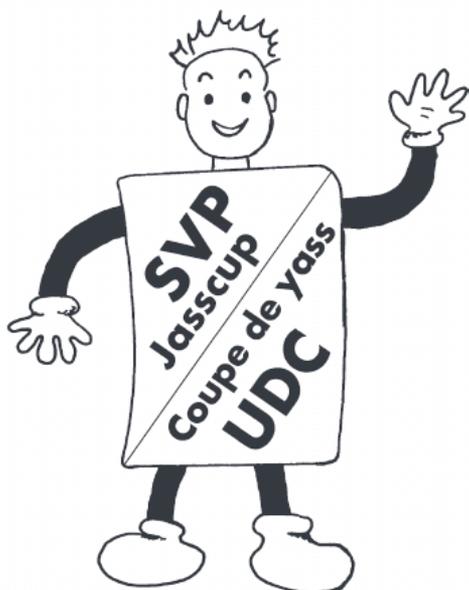
Am Mittwoch, 2. Dezember 2009 traf sich die SVP-Fraktion zum traditionellen Fraktionsessen in Bern. Der für die Durchführung zuständige Fraktions-Vizepräsident Nationalrat Bruno

Zuppiger stand selber in die Küche und war für das Wohl der 180 Gäste bestens besorgt. Höhepunkt des Essens war die Ansprache von Bundesrat Ueli Maurer. Er berichtete über

den Stand der Arbeiten in seinem Departement. Für die musikalische Unterhaltung sorgten das Volksmusik-Trio Gschmeidig aus dem Zürcher Oberland sowie die 13-jährige Alp-

hornbläserin Lisa Stoll aus dem Klettgau. Fraktionspräsident Caspar Baader forderte alle Anwesenden auf, sich schon jetzt im Hinblick auf die Wahlen 2011 voll ins Zeug zu legen.





Jubiläums - Jasscup der SVP

Samstag, 20. Februar 2010 in der Linth-Arena SGU, Oberurnerstrasse, 8752 Näfels

Wann: Samstag, 20. Februar 2010

Beginn 10.30 - ca. 15.00 Uhr
(Jasszettel-Ausgabe ab 09.00 Uhr)

**Ort: Sportzentrum Linth-Arena SGU,
Oberurnerstrasse, 8752 Näfels (GL)**

Das Sportzentrum Linth-Arena SGU bietet genügend
Parkplätze.

Zugreisende fahren bis Ziegelbrücke, ab dem Bahnhof
verkehrt ein Shuttlebus.

Organisation

Durch die SVP Kanton Glarus mit OK-Präsidenten
Marc Ziltener und dem Jass-Obmann der SVP Schweiz,
Nationalrat Bruno Zuppiger (Hinwil)

Modus

Schieber mit zugelostem Partner (vier Passen à
12 Spiele, schlechteste Passe = Streichpasse, gewertet
werden also drei Passen mit 36 Spielen). Detailliertes
Reglement liegt auf.

Kartenart

Französische und Deutschschweizer Karten

Preise

Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger sowie
eine Vielzahl von schönen und attraktiven Preisen
mit zusätzlichem Schätzwettbewerb

Teilnahmegebühr

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen.

Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker,
SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle
Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“
sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie,
sich mit dem unten stehenden Talon anzumelden.

**10. Nationaler
SVP Jasscup mit
der SVP-Fraktion**



Anmeldetalon

Ich melde mich für den 10. Nationalen Jubiläums-Jasscup an:

- Deutschschweizer Karten Französische Karten Kartenzuteilung egal

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: E-Mail oder Fax:

Talon bis zum 14. Februar 2010 einsenden an: **Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18,
Postfach 8252, 3001 Bern, Tel 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 – E-Mail merian@svp.ch**